

Umschau 6 Mark, mit Wulf, Ganzfrankatur „Gernot und Welt“ und der Kinderzeitige „Der Untergang eines Reichs“, sowie den Zeitungen „Unterhaltung und Witze“, „Die praktische Hausfrau“, „Das gute Buch“, Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit St.-Genua-Blaß 2,70 Ausgabe B ohne St.-Genua-Blaß 2,20 Sondernummer 10 4 Sonderabdruck 20 4

Verlagsort: Dresden
Abonnement: Die gehaltene Zeitung 20 4, Familien-
ausgabe u. Stellengebühr 20 4. Die Zeitung kostet 20 4, die
Zeitung kostet 20 4. Die Zeitung kostet 20 4.
Den Anteil höherer Gebühr (Schrift, Verbot, usw.) erhält jede Ver-
pflichtung auf Werbung sowie Erteilung von Anzeigen, Käu-
fungen und Leistung von Schadensfall.

Sächsische Volkszeitung

Wochenschau, Druck und Verlag: Germania
Dresden und Berlin, 1. Postleitz. 17
Preis: 21.012. Zeitung Dresden 1000. Darm-
stadt 1. Städtebau Dresden 1000.

Für christliche Politik und Kultur

Nebentitel der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Dresden 1. Postleitz. 1000
und 21.012.

Dollfuß' neue Romreise

Mussolini als Vermittler zwischen Deutschland und Österreich — Die Petition Bernheim vor dem Völkerbundsrat — Kirchenpolitische Ausschüsse für den Rundfunk

Vor Unterzeichnung des Konkordats

Berlin, 30. Mai. (E. M.)

Wie aus Wien berichtet wird, beabsichtigt der österreichische Bundeskanzler, am kommenden Freitag nach Rom zu reisen. Den Anfang dieser Reise bilden, wie bei seinem unerwarteten Eintreffen in Rom vor einigen Wochen, kirchliche Angelegenheiten, und zwar diesmal die

Unterzeichnung des in den letzten Wochen fertiggestellten Konkordates

mit dem Vatikan. Daneben dürfte aber auch das Verhältnis zu Deutschland eine Rolle spielen. Ein Wiener Blatt hat bereits davon gesprochen, daß

der italienische Regierungschef als „ehrlicher Makler“ zwischen Deutschland und Österreich

tätig werden soll. Ob Mussolini diese Rolle übernehmen will, ist nicht bekannt, doch darf als feststehend betrachtet werden, daß das faschistische Italien sowohl der jetzigen deutschen wie der jetzigen österreichischen Regierung freundlich gegenübersteht. Im Interesse der notwendigen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich möchte man wünschen, daß eine solche Vermittlungsaktion Mussolinis zustande kommt und daß sie Erfolg hat.

Durchführungsverordnung über den Reiseverkehr nach Österreich

Berlin, 30. Mai. Im Reichsgesetzblatt von heute erscheint ein Gesetz der Reichsregierung über die Verhinderung der Reisen nach der Republik Österreich, ferner eine hierzu vom Reichsminister des Innern erlassene Durchführungsverordnung. Das am 1. Juni 1933 in Kraft tretende Gesetz sieht die Erhebung einer Gebühr von 1000 Mark für jede Reise vor, die ein Reichsangehöriger mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im

Inlande in oder durch das Gebiet der Republik Österreich unternimmt. Die Gebühr ist vor Amtzeit der Reise bei der zuständigen Sichtvermerkbehörde zu entrichten, welche die Entrichtung im Voraus vermerkt. Auf den kleinen Grenzverkehr, sowohl er durch besondere Verlumungen für die in den Grenzbereichen ansässige Bevölkerung geregelt ist, findet das Gesetz keine Anwendung, wohl aber trifft es auch den Ausflugsverkehr an der Grenze. Mit Geldstrafe nicht unter 5000 Mark oder mit Gefängnis werden die Reichsangehörigen bestraft, die entgegen den Vorschriften des Gesetzes oder der Durchführungsverordnung aus dem Reichsgebiet unmittelbar oder auf einem Umweg nach oder durch Österreich reisen.

Aus der gleidstags am 1. Juni 1933 in Kraft tretenden Durchführungsverordnung ist hervorzuheben, daß der Reichsminister des Innern eine

Vertreibung von der Reisegebühr

nur für folgende Personengruppen anzuwenden hat: Selbstständige Gewerbetreibende und deren Angestellte, denen die zuständige Ortspolizeibehörde nach Anhörung der zuständigen Berufsstreitigung (Handelskammer usw.) beschreibt, daß es sich um eine geschäftlich notwendige Reise handelt; Personen, die mit Absicht auf ihre dienstliche Tätigkeit oder in Ausübung bestimmter Berufe, die Grenze nach Österreich überschreiten müssen (Beamte bei Dienstreisen, Eisenbahn-, Zoll-, Post- und Polizeibeamte, das Personal von Schiffahrts-, Luftverkehrs- und Kraftwagengesellschaften sowie von Schlafwagen- und Speisewagen-Gesellschaften, in gewerbsmäßiger Tätigkeit oder für scherhaftige Personen); schließlich Arbeitnehmer, die sich zur Arbeitsaufnahme oder zur Erfüllung eines Dienst- oder Vertragsvertrages nach Österreich oder über Österreich in das Ausland begeben.

Die letzte Chance

Zu der Wirtschaftsgeschichte der Völker wird der 29. Mai 1933 vielleicht einmal den Ausgangspunkt einer Entwicklung bezeichnen, von deren Ergebnis Gedächtnis oder Verderb der Weltwirtschaft überhaupt abhängt. Am 29. Mai beginnen nicht nur in Berlin die Gläubigerverhandlungen mit dem Ziel, die Frage der deutschen Auslandsschuldentlastung in einer Weise zu klären, die nicht nur Deutschland selber das Leben lädt, sondern auch den Interessen der Weltwirtschaft gerecht wird. In demselben Tage hat auch die Vorbereitung für die große Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni eingefangen. Ob diese Weltwirtschaftskonferenz zu einem Ergebnis gebracht werden kann, wird sich in der Berliner Gläubigerkonferenz, die das Transferproblem zu behandeln hat, vielleicht viel mehr und eindringlicher entscheiden, als das noch außen hin scheinen möchte. Am 29. Mai haben gleichzeitig auch in Stockholm die der sog. Oslo-Konvention zugehörigen Staaten, die Skandinavischen Länder mit Finnland, ferner Belgien, Luxemburg und Holland, zu einer Tagung sich zusammengefunden, die gleichfalls der Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz vom 12. Juni gilt, und am selben wichtigen Termin des 29. Mai haben auch die internationale Handelskammern in Wien Stellung zu den die Weltwirtschaftskonferenz von London berührenden Fragen genommen.

Wie brennend das Problem ist, zeigt nicht nur ein Blick auf die deutsche Gold- und Devisenlage, sondern auch eine Betrachtung der internationalen Verschuldung überhaupt. Bei einem Gold- und Devisenbestand von noch nicht einmal einer halben Milliarde Mark ist es natürlich eine Unmöglichkeit, einen läblichen Zins- und Tilgungsdienst für 20 Milliarden Mark Schulden in Höhe von 1,25 Milliarden Mark im Jahre aufzubringen. Der Wille zu zahlen und auch alle Schuldverpflichtungen zu erfüllen, ist auf deutscher Seite vorhanden, aber die Möglichkeit, die Zahlbarkeit zu zahlen, fehlt. Gold und Devisen besitzen wir nicht in ausreichendem Maße, um die Ansprüche an das Ausland transferieren zu können. Mit Waren können wir nicht bezahlen, da der Ausfuhrüberschuss außerordentlich zurückgegangen ist. Eine Abfluss in Reichsmark scheitert wiederum an der Aufnahmefähigkeit des Auslands. Außerdem fehlt die Devisenabgabe unübersteiglich Scheiken. Da außerdem das Ausland uns nicht genügend Devisen zur Verfügung stellt, ist es uns gleichfalls unmöglich geworden, Zinsen in Devisen zu bezahlen.

Zu rückt die Frage eines Transfer-Moratoriums in unmittelbare Nähe. Ein Moratorium für die Markzahlungen wird von Deutschland nicht in Anspruch genommen. Das hat der Reichsbankpräsident ausdrücklich erklärt. Das Ausland muß sich nun klar darüber sein, ob es auf seinen Forderungen beharrt, insbesondere auch, ob es darauf besteht, die Zinsen in gleicher Höhe wie bisher zu erhalten. Und dieses Zinsenproblem ist nächst dem Schuldenproblem als solchem mit das wichtigste. Wenn wir die unter den heutigen Verhältnissen viel zu hohen Zinsen in Mark abtragen sollen, — in Devisen ist diese Abtragung, wie oben dargestellt, unmöglich — dann müßte Deutschland gestattet werden, die kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln, um auf dieser Basis der inneren Wirtschaft Produktionsmöglichkeiten und der Ausfuhr eine erweiterte Ausdehnung zu geben.

Alle diese Dinge stehen aber am Anfang des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft. Das Konferenzprogramm für London, das im Februar dieses Jahres niedergelegt wurde, wird eine wesentliche Erweiterung erfahren müssen. Die Währungsfragen wer-

Mark-Bonds im Ausland?

Ein Plan zur Mobilisierung der deutschen Auslandsschulden

Berlin, 30. Mai.

Die internationalen Schuldenverhandlungen, die auf der Berliner Gläubigerkonferenz jetzt gepflogen werden, beschäftigen sich mit einem überaus bemerkenswerten Plan, der, wie man hört, von Gläubigerseite ausgeht. Danach wird zum Zwecke der Mobilisierung der deutschen privaten Auslandsschulden die Vergabeung von internationalläufigen und nur im Auslande zu begebenden Bonds, die auf Reichsmark gestellt sind, angesetzt.

Für diese Markbonds würde die Garantie des Reiches gefordert, ja ein Plan geht sogar noch weiter und plädiert für die Begebung von unmittelbaren Reichsbonds. Das wären Zahlungsmittel, die das Reich selbst unter seiner eigenen Hoheit und Autorität im Auslande begeben würde.

Der Plan geht von dem Versuch aus, die deutschen Auslandsschulden im Auslande durch Zahlungsmittel zu mobilisieren, die Geld- und Umlaufswert in einem Ausmaß und einer Form hätten, daß die gewissermaßen den Erfolg für die von Deutschland bei der gegenwärtigen Lage nicht ausbringenden Devisen bilden würden. Man ist sich klar darüber, daß diese Bonds wenigstens fürs erste im Auslande keinen vollgültigen Kurs einnehmen könnten. Jedoch würde der Kurs sich bessern, je mehr die deutsche Devisen-

Entgegenkommen Amerikas?

New York, 30. Mai. Vaut Herald Tribune soll Großbritannien von Amerika dahin unterrichtet werden, daß Amerika bereit sei, am 15. Juni anstatt der fälligen 75 Millionen Dollar eine Rate von 10 Millionen Dollar entgegenzunehmen. Auch Frankreich habe eine entsprechende Mitteilung erhalten.